



Liebe Leserinnen und Leser,

in den letzten beiden Wochen haben wir gebannt nach Berlin, München und Helsinki geschaut:

Nach der Verzichtserklärung von Angela Merkel hat die Suche nach einem neuen CDU-Parteivorsitzenden begonnen. Bayern hat nach enttäuschenden Landtagswahlen eine neue CSU-geführte Regierung. Mit Manfred Weber als Spitzenkandidat der EVP unterstreicht die CSU einmal mehr ihren Anspruch, Europa aktiv mitzugestalten. – Selten war im politischen Betrieb derart viel Aufbruch und Mut zur Veränderung spürbar.

Weitaus hitziger ging es diese Woche bei der Debatte um den UN-Migrationspakt zu:

Die weltweiten Wanderungsbewegungen haben zugenommen. Nur etwa zehn Prozent der Migranten sind Flüchtlinge und Asylsuchende. Wanderungsgründe für den weitaus größeren Teil der Migranten sind schlechte wirtschaftliche Verhältnisse. Wegen der damit verbundenen großen Herausforderungen muss dieses Thema auf der Ebene der vereinten Nationen angegangen werden, was der viel diskutierte Global Compact for Migration versucht.

Mehr dazu und viele weitere Themen finden Sie auf den folgenden Seiten.

Herzliche Grüße

Hans-Peter Friedrich

Diese Woche

Herbst der Entscheidungen	2
Global Compact for Migration	4
Perspektiven Künstlicher Intelligenz	5

Treten Sie mit mir in Kontakt:





Herbst der Entscheidungen

„Bayern ist unsere Heimat, Deutschland unser Vaterland, Europa unsere Zukunft“

Gut ein halbes Jahr vor der Europawahl im Mai 2019 ist Manfred Weber gestern fulminant mit fast 80 Prozent der Stimmen zum Spitzenkandidaten der EVP gewählt worden. Ein CSU-Politiker führt damit die Parteienfamilie aus den christdemokratischen und liberal-konservativen Parteien in den Europawahlkampf.

Als Fraktionsvorsitzender der EVP im Europäischen Parlament ist es ihm gelungen, gemeinsame politische Vorstellungen über ein bürgerliches Europa zu formulieren. Seine Fähigkeiten, die Parteienfamilie zusammenzuführen, geben uns die Hoffnung, dass sich die EVP gegen sozialistische, grün-utopistische und rückwärtsgewandt-nationalistische Kräfte durchsetzen kann.



„Wir sind als CSU sehr stolz, dass einer unserer führenden Leute jetzt Spitzenmann der EVP innerhalb der Europäischen Union ist.“

<https://www.youtube.com/watch?v=y3gsFM-FwAw&feature=youtu.be>

Wir liefern!

Die Botschaft der Bürgerinnen und Bürger ist bei uns angekommen: Wir müssen als Koalition in Berlin schnell liefern. Seit gut sieben Monaten ist die Bundesregierung nun im Amt und die schwarz-rote Koalition hat bereits einige Vorhaben auf den Weg gebracht. Für die nächsten Wochen und Monate haben wir uns weitere große Projekte vorgenommen, die den Menschen ganz konkrete Verbesserungen in ihrem Lebensalltag bringen werden. Verbesserungen in der Pflege und bei der Rente gerade für Mütter kommen älteren Menschen zugute. Wir entlasten Familien und die arbeitende Mitte durch mehr Kindergeld und den Abbau der kalten Progression...

Einen genauen Überblick über das, was wir schon geschafft haben und das, was wir noch in Angriff nehmen, verschafft unser aktuelles Faktenblatt:

https://www.cducsu.de/sites/default/files/2018-10/cducsu_Faktenblatt_Herbst-der-Ergebnisse.pdf



Aufbruch bei der CDU

Das politische Berlin hat sich in den letzten zwei Wochen stark verändert. Mit ihrer Erklärung, nicht mehr für den Bundesparteivorsitz der CDU zu kandidieren, hat Bundeskanzlerin Angela Merkel Maßstäbe gesetzt. Gleichzeitig hat sie das Rennen um ihren Posten, der Anfang Dezember beim Bundesparteitag der CDU neu besetzt wird, eröffnet.

Gleich mehrere in höchstem Maße geeignete Kandidaten stellen sich zur Wahl. Für uns als CSU steht dabei fest, dass wir mit jedem Parteivorsitzenden der CDU zusammenarbeiten können und auch zusammenarbeiten müssen.

Interview vom 30.10.2018 beim Deutschlandfunk:

https://www.deutschlandfunk.de/hans-peter-friedrich-csu-cdu-sollte-sich-aus-csu.694.de.html?dram:article_id=431846

Bei **Maybrit Illner** habe ich am 1. November 2018 unter anderem mit Christian Lindner diskutiert zu dem Thema „Streit um Merkels Erbe – die CDU sucht ihren Kurs“:

<https://www.zdf.de/politik/maybrit-illner/streit-um-merkels-erbe-die-cdu-sucht-kurs-sendung-vom-1-november-2018-100.html>





Falschbehauptungen und Unwahrheiten

Global Compact for Migration

Der „Global Compact for Migration“ – kurz UN-Migrationspakt – wird in jüngster Vergangenheit zunehmend in Frage gestellt. Es kursieren viele Falschinformationen und teilweise herrscht Unklarheit darüber, ob und wenn ja, welche Auswirkungen dieser Pakt für Deutschland haben wird: Ist unsere Souveränität in Gefahr? Entstehen daraus Verpflichtungen für Deutschland? Verspricht er Aufnahmezusagen für Migranten?

Wir haben den UN-Migrationspakt, der am 10./11. Dezember beim UN-Gipfel in Marokko unterzeichnet werden soll, in dieser Woche in der CDU/CSU-Fraktion intensiv diskutiert. Nicht nur Deutschland und Europa, sondern nahezu alle Regionen der Welt stehen bei der Migration vor enormen Problemen und Herausforderungen. Der UN-Migrationspakt ist der Versuch der Weltgemeinschaft, weltweit gültige Mindeststandards zu entwickeln, die Deutschland ohnehin schon erfüllt.

Dass die Ausbeutung und die Entwürdigung von Flüchtlingen vor allem in Teilen Afrikas und Asiens bekämpft werden, ist gut. Dass die Bundesregierung die Einzelheiten des von ihr ausgehandelten Migrationspaktes unzureichend und dilettantisch kommuniziert, ist schlecht. Deshalb haben wir die häufigsten Fragen zum UN-Migrationspakt für Sie auf folgender Seite beantwortet:

<https://www.cducsu.de/spezial/faktencheck-un-migrationspakt>

Außerdem gibt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dr. Stephan Harbarth in folgendem Video Antworten auf die wichtigsten Fragen zu diesem Thema:

<https://www.cducsu.de/unserer-mediathek-stellen-wir-ihnen-bilder-und-videos-zur-ansicht-von-erklavideos-bis-zu-reden-und-mitschnitten>

Sichere Herkunftsstaaten

Um illegale Zuwanderung einzudämmen, ist es wichtig, sichere Herkunftsstaaten auch asylrechtlich als solche einzustufen. Bereits bei den West-Balkanstaaten haben wir erlebt, dass dies eine praktikable Handhabe ist und wir sind überzeugt, dass auch die Einstufung der Maghreb-Staaten (Algerien, Marokko, Tunesien) und Georgiens als sichere Herkunftsstaaten die Asylanträge aus diesen Ländern zurückgehen lassen würde. Hintergrund ist, dass in den vergangenen Jahren nur ein kleiner Bruchteil der Asylbewerber insbesondere aus den Maghreb-Staaten eine Schutzbedürftigkeit vorweisen konnte.

Für die zahlreichen ungerechtfertigten Asylverfahren würde mit der Einstufung eine Beschleunigung erreicht. Dies würde unser Asylsystem zugunsten der tatsächlich Schutzbedürftigen entlasten und eine schnellere Rückführung ermöglichen.

Gestern haben wir den Gesetzentwurf in erster Lesung beraten. Nun geht es im parlamentarischen Verfahren in die Feinabstimmung.



Perspektiven Künstlicher Intelligenz

Unter dem Titel „Künstliche Intelligenz - Perspektiven für Gesellschaft und Staat“ hat die Unionsfraktion in dieser Woche zu einem Kongress mit Fachleuten aus Wirtschaft und Wissenschaft eingeladen. Gemeinsam ist man der Frage nachgegangen, wie die Weichen richtig zu stellen sind, um die Potentiale der Künstlichen Intelligenz (KI) zu nutzen und vor allem die Menschen dabei mitzunehmen. Denn darin war man sich einig: KI muss dem Menschen dienen.

Welche Maßnahmen müssen also angegangen werden, um die digitalen Kompetenzen der Menschen zu fördern und zu stärken? Wo müssen Politik, Wirtschaft und Bildungseinrichtungen ansetzen, um Unsicherheiten und Ängsten in der Bevölkerung entgegenzutreten? Aber die Frage ist auch, wie können Forschung, Bildung und allgemeine Rahmenbedingungen dazu beitragen, damit das Potenzial von KI als technologischer Treiber und wichtiger Wirtschaftsfaktor genutzt werden kann?

Kanzleramtsminister Helge Braun erlaubte einen kleinen Vorablick auf die Überlegungen der Bundesregierung zum Thema KI. Auch wenn die KI-Strategie erst in der kommenden Woche im Kabinett verabschiedet werden soll, „öffnete er die Tür einen Spalt breit“. Er betonte vier Schritte der Strategie: Der Mensch muss über die Technik bestimmen, die Daten-Verfügbarkeit, die digitale Aus- und Weiterbildung und der Wissenstransfer müssen verbessert und gegebenenfalls müssten Regeln angepasst werden. „In Deutschland ist bereits alles geregelt und im Zweifel verboten. Wir wollen weiterhin diejenigen sein, die die Standards setzen. Es geht um unseren Wohlstand“.



Bereits im Juni hat der Deutsche Bundestag die Enquête-Kommission „Künstliche Intelligenz – Gesellschaftliche Verantwortung und wirtschaftliche Potenziale“ eingesetzt, im September hat sie ihre Arbeit aufgenommen. Sie hat den Auftrag, Handlungsempfehlung im Umgang mit Künstlicher Intelligenz zu formulieren und soll nach der parlamentarischen Sommerpause 2020 ihren Abschlussbericht mitsamt Handlungsempfehlungen vorlegen. Ihr gehören 19 Mitglieder des Bundestages sowie 19 Sachverständige an.

Warum es gerade einen Hype um die KI gibt, erklärt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Nadine Schön in folgendem Video:

<https://www.cducsu.de/video/video-nadine-schon-erklart-den-hype-um-ki>



Rechtliche und wirtschaftliche Stabilität sind der Schlüssel für ein friedliches Zusammenleben



© Deutscher Bundestag / Achim Melde

Es war mir eine große Freude, gestern den Außenminister der Republik Usbekistan, Abdulaziz Kamilov, im Deutschen Bundestag zu begrüßen.

Die von Präsident Mirsiyoyev angestoßenen tiefgreifenden und fruchtbringenden Reformprozesse begrüße ich ausdrücklich. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind für die gesamte Region unumgänglich. Rechtliche und wirtschaftliche Stabilität sind der Schlüssel für ein gutes und friedliches Zusammenleben in Zentralasien.

Gegen das Vergessen!

Heute, am 9. November, haben wir im Plenum dieses besonderen Tages in der deutschen Geschichte gedacht: Wir haben uns erinnert an den Mauerfall 1989, an die Reichspogromnacht vor 80 Jahren sowie an die Ausrufung der Republik 1918. Am 11. November jährt sich zudem das Ende des 1. Weltkriegs zum 100. Mal. Diese „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts brachte große Veränderungen für Europas Landkarte. Erste Ideen einer europäischen Einigung entstanden in der Folge, aber erst nach dem noch schlimmeren 2. Weltkrieg gelang ihnen der Durchbruch. Für die europäische Einigung steht niemand so sehr wie wir als Union. Unsere einstigen Feinde sind heute unsere Freunde und Partner. Wir werden unseren Beitrag dazu leisten, dass dies so bleibt.



© Deutscher Bundestag / Achim Melde

Impressum

Herausgeber: Dr. Hans-Peter Friedrich MdB, CSU im Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: 030 / 227 77493, E-Mail: hans-peter.friedrich@bundestag.de, Fax: 030 / 227 76040

Bildnachweis soweit nicht gesondert gekennzeichnet: privat